

Fragen

**für die Fragestunde der 134. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Oktober 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Burgbacher, Ernst (FDP)	25, 26	Krichbaum, Gunther (CDU/CSU)	21, 22
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	7, 8	Lenke, Ina (FDP)	6
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	32, 33	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	28, 29
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	17, 18	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	14
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	4, 5	Pau, Petra (fraktionslos)	30, 31
Kauder, Siegfried (Bad Dürkheim)	23, 24	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	1, 27
(CDU/CSU)		Scheuer, Andreas (CDU/CSU)	10, 11
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) ..	12, 13	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	15, 16
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	2, 3	Spahn, Jens (CDU/CSU)	9
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	19, 20		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU) Welche Intention verfolgte die Bundesregierung im Jahr 2000 vor dem Hintergrund im Ausland lebender kirchlicher Mitarbeiter und deren Recht auf Bezug von Erziehungsgeld bei der Änderung des Wortlauts „Versetzung“ in „Entsendung“ bei § 1 Abs. 2 Nr. 1 Bundeserziehungsgeldgesetz, und hat damals die Bundesregierung die Relevanz der Entscheidung des Bundessozialgerichtes vom 22. Juni 1989 für das „Rumpfarbeitsverhältnis“ gesehen und sich dennoch bewusst für eine Änderung der Rechtslage entschieden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

2. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU) Wie hat sich seit 1991 die Zahl der nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mittlerweile rund 2 Millionen Menschen entwickelt, die von den östlichen in die westlichen Bundesländer abgewandert sind, und welche Bedeutung haben diesbezüglich das Alter, das Geschlecht und der Beruf der Abwanderer?
3. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU) Welche möglichen Folgen sieht die Bundesregierung für die von der Abwanderung betroffenen Regionen der östlichen Bundesländer, und wie will die Bundesregierung dem entgegenwirken?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

4. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung im Rahmen der Konsultationen mit der Türkei, damit die assyro-chaldäischen Christen und die syrisch-orthodoxe Kirche, entsprechend den Ausführungen über Minderheiten im Lausanner Vertrag, eigene Schulen und eigene Sozialwerke einrichten können (vgl. Pressemitteilung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte vom 16. Juni 2004)?

5. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung im Zuge der Konsultationen mit der Türkei, damit Angehörige nichtislamischer Religionsgemeinschaften beim Zugang zu allen öffentlichen Ämtern der muslimischen Bevölkerung gleichgestellt werden (vgl. Pressemitteilung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte vom 16. Juni 2004)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

6. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Wird die Bundesregierung im Falle der Abschaffung der Eigenheimzulage und der damit verbundenen Innovationsoffensive für Forschung und Bildung freiwerdende finanzielle Mittel durch Steuermehreinnahmen in die Förderung frühkindlicher Bildung und qualifizierter Kinderbetreuung investieren, und wenn ja, in welcher Höhe (aufgeschlüsselt für die Jahre 2005 bis 2012, vgl. die Berechnung der Steuermehreinnahmen im Gesetzentwurf zur finanziellen Unterstützung der Innovationsoffensive durch Abschaffung der Eigenheimzulage/Bundestagsdrucksache 15/3781, S. 7)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

7. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Kosten für das Fachsymposium „Ökologischer Landbau“, das auf Einladung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft am 12. Oktober 2004 in Peking durchgeführt wurde, und wer trägt diese Kosten?
8. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Kosten für die Referenten des Fachsymposiums, insbesondere des Direktors für Internationale Beziehungen der International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM), und wer trägt diese Kosten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

9. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche vergaberechtlichen Vorschriften finden nach Ansicht der Bundesregierung Anwendung hinsichtlich des § 127 Abs. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) unter Berücksichtigung der noch immer ausstehenden, jedoch in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, auf meine mündliche Frage 14 in der Fragestunde am 5. Mai 2004 (Plenarprotokoll 15/107, S. 9721) zugesagten Ausführungen zu der gleichen Frage?
10. Abgeordneter
Andreas Scheuer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung ihre Maßnahmen zur AIDS-Aufklärung und Prävention, wie z. B. die Förderung der Deutschen AIDS-Hilfe, angesichts der steigenden Zahl von HIV-Infizierten für ausreichend?
11. Abgeordneter
Andreas Scheuer
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung im Rahmen der AIDS-Aufklärung und Prävention für förderlich, wenn in Broschüren der Deutschen AIDS-Hilfe unzureichend kommentierte Statements zugunsten von ungeschütztem Geschlechtsverkehr veröffentlicht und verbreitet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

12. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) als dauerhaftes Gremium zu etablieren, oder sieht sie unter bestimmten Bedingungen seinen Auftrag als erfüllt an?
13. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Nutzen des Zuwanderungsrates die im Haushalt 2005 eingestellten Kosten von 1,125 Mio. Euro im Jahr übersteigt?

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordneter
Stephan Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU) | Inwiefern ist die Etablierung des Zuwanderungsrates durch Erlass vom 2. April 2003, der allein im kommenden Jahr 2005 1,125 Mio. Euro kosten wird, mit den Bemühungen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau in Einklang zu bringen? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU) | Welche wesentlichen Empfehlungen des ersten Jahresgutachtens des Zuwanderungsrates beabsichtigt die Bundesregierung umzusetzen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU) | Inwieweit hält es die Bundesregierung für sinnvoll, dass der Zuwanderungsrat weitere Empfehlungen abgibt? |
| 17. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung des Zuwanderungsrates, 25 000 ausländische Arbeitnehmer zum Ausgleich eines angeblichen Engpasses für den deutschen Arbeitsmarkt unter Aufgabe des Anwerbestopps anzuwerben? |
| 18. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung wie der Zuwanderungsrat für richtig, die Sozialleistungen für Asylbewerber zu erhöhen und illegale Zuwanderung als Realität der Einwanderungsgesellschaft anzuerkennen und für diesen Personenkreis befristete Aufenthaltsrechte und Arbeitserlaubnisse vorzusehen? |
| 19. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wann ist mit der Vorlage eines ersten Gesetzentwurfs zur Umsetzung der Eckpunkte von dbb, ver.di und dem Bundesministerium des Innern für „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ zu rechnen, und welche Elemente sollen darin geregelt werden? |
| 20. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wie viele der vom Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, August Hanning, („Gefährliche Schnittmenge“, Süddeutsche Zeitung, 9./10. Oktober 2004) genannten in den Irak geschleusten Kämpfer sind nach Kenntnis der Regierung von Deutschland aus in den Irak gereist, und welche aufenthaltsrechtliche Stellung hatten diese Personen in Deutschland (bitte |

angeben, ob es sich um Schutzbedürftige nach Artikel 16a Grundgesetz, §§ 51 oder 53 Ausländergesetz handelt)?

21. Abgeordneter
**Gunther
Krichbaum**
(CDU/CSU)

Wie ist es mit der Auffassung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, es bestünden keine Zweifel an der Eignung von Ute Vogt für ihr Amt als Parlamentarische Staatssekretärin (Antwort der Bundesregierung auf Frage 17 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 15/4010), zu vereinbaren, dass der „Blick nach rechts“ unter der Schirmherrschaft von Ute Vogt die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ auf diesem Internetportal weiter präsentiert?

22. Abgeordneter
**Gunther
Krichbaum**
(CDU/CSU)

Hält Bundeskanzler Gerhard Schröder es mit seinem Aufruf „Wegschauen ist nicht mehr erlaubt. Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen“ (Süddeutsche Zeitung vom 5. Oktober 2000) für vereinbar, dass unter der Schirmherrschaft von Ute Vogt, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, der „Blick nach rechts“ mit der Begründung der Bekämpfung des Rechtsextremismus die vom Verfassungsschutz dem linksextremistischen Spektrum zugeordnete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ auf diesem Internetportal präsentiert, und wenn ja, warum?

23. Abgeordneter
**Siegfried
Kauder**
(Bad Dürkheim)
(CDU/CSU)

Warum hält der Bundesminister des Innern, Otto Schily, die Schirmherrschaft von Ute Vogt über den im SPD-Eigentum stehenden Informationsdienst „Blick nach rechts“ für vereinbar mit dem Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern (s. Antwort der Bundesregierung auf Frage 21 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 15/4010), obwohl dieses Internetportal bis heute die vom Verfassungsschutz dem linksextremistischen Spektrum zugeordnete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ präsentiert?

24. Abgeordneter
**Siegfried
Kauder**
(Bad Dürkheim)
(CDU/CSU)

Seit wann ist dem Bundesminister des Innern, Otto Schily, bekannt, dass unter der Schirmherrschaft von Ute Vogt, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, der „Blick nach rechts“ die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ präsentiert, und was hat er veranlasst?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

25. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesagentur für Arbeit (BA), dass den optierenden Kommunen aus datenschutzrechtlichen Gründen der Zugang zu den in der EDV der BA gespeicherten Daten der von ihnen zu betreuenden Personen verwehrt werden muss?

26. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)

Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Einschätzung dieser Problematik durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Peter Schaar, und liegt ihr eine entsprechende Stellungnahme desselben vor?

27. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU)

Gibt es zwischenzeitlich Erkenntnisse über die Zahl der Jobs im Niedriglohnbereich zwischen 401 bis 800 Euro?

28. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Welche Dienstleistungen und Beratungsangebote sollte die BA Arbeitssuchenden anbieten, die keine Leistungsempfänger sind, und wie sollten diese Angebote nach Meinung der Bundesregierung finanziert werden?

29. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der so genannte Aussteuerbetrag von 9 857 Euro, den die BA für jeden Arbeitslosen, der aus dem Arbeitslosengeld in das Arbeitslosengeld II fällt, in den Bundeshaushalt zahlen muss, in seiner Höhe angemessen ist, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass diese Mittel in der aktiven Arbeitsmarktpolitik der BA fehlen?

- | | |
|---|---|
| 30. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen Diskriminierung von älteren Personen auf dem Arbeitsmarkt zu ergreifen, und in welchem Zeitrahmen will die Bundesregierung die entsprechende EU-Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf umsetzen? |
| 31. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Mit welchen Mitteln und Methoden will die Bundesregierung die Zweckbindung der Erhebung von Daten der Antragsteller des ALG II (sowie derer Angehöriger, Bedarfsgemeinschaften etc.) innerhalb der BA, aber auch zwischen der BA und den optierenden Kommunen und Landkreisen, garantieren? |
| 32. Abgeordneter
Ralf
Göbel
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, nachdem das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit abweichend vom Wortlaut des § 44b Abs. 1 Satz 1 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 – „Hartz IV“ (BGBl. I S. 2954 ff.) die Gründung mehrerer Arbeitsgemeinschaften für den Bereich einer Arbeitsagentur zugelassen hat, die hierdurch zusätzlich entstehenden Verwaltungskosten durch eine Erhöhung des Mittelansatzes für Verwaltungskosten bei der BA bzw. den örtlichen Agenturen für Arbeit zu kompensieren? |
| 33. Abgeordneter
Ralf
Göbel
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die der BA bzw. den Agenturen für Arbeit zugewiesenen Mittel für die Integration von Arbeitslosen nicht für die Verwaltung der Arbeitsgemeinschaft im Sinne des „Hartz IV“-Gesetzes genutzt werden dürfen? |

